

A N F R A G E von Christoph Fischbach (SP, Kloten) und Qëndresa Sadriu-Hoxha (SP, Meilen)

Betreffend Abbau Verkehrssicherheitsprävention in den Schulen

Die Kantonspolizei führt sowohl in der Volksschule als auch in den Berufs-/Berufswahlschulen Präventionslektionen zur Verkehrssicherheit durch. Im Januar 2024 informierte die Kantonspolizei Zürich die Schulgemeinden und weitere Betroffene darüber, dass infolge Sparmassnahmen ab April 2024 diverse Dienstleistungen nicht mehr erbracht werden können. So werden folgende Zusatzleistungen gestrichen:

- Refresher-Lektionen im Kindergarten
- Fussgängerausbildungen in der 1. Klasse (Wiederholung Kindergartenlektionen)
- Instruktionsfahrten (z.B. für Schulwege)
- Lektionen an Berufs-/Berufswahlschulen

Das bewährte Grundangebot der flächendeckenden Instruktion zur Verkehrssicherheit bliebe jedoch unverändert bestehen, teilte die Kantonspolizei mit oben erwähntem Schreiben den Schulen mit.

Bis anhin sensibilisierte die Kantonspolizei u.a. die 17- bis 18-jährige Lernenden einmal während ihrer Lehrzeit auf mögliche Folgen von Alkohol und Drogen am Steuer. Dieses Angebot wird gemäss Ausführungen oben komplett gestrichen.

Der Abbau der Präventionsarbeit durch die Kantonspolizei führt darum zu verschiedenen Fragen.

Wir bitten die Sicherheitsdirektion, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Schulgemeinden sind in der Volksschule vom Abbau der Dienstleistungen betroffen?
2. Wie viele Berufs-/Berufswahlschulen sind vom Abbau der Dienstleistungen betroffen?
3. Welcher Betrag wird mit der Aufhebung dieser Zusatzleistungen im Bereich Verkehrssicherheit eingespart bzw. welcher Betrag müsste im Budget erhöht werden, damit kein Abbau der Präventionslektionen stattfinden würde?
4. Ist es korrekt, dass die Präventionsprogramme in Berufsschulen infolge dieser Sparmassnahmen in der bestehenden Form nicht mehr weitergeführt werden können und komplett entfallen?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat den Abbau von präventiven Angeboten? Was sind die Folgen einerseits für die betroffenen Kinder und Jugendliche und andererseits für die betroffenen Schulen?
6. Wie plant der Regierungsrat die wichtige Präventionsarbeit im Bereich Sucht und Verkehrssicherheit auf den betroffenen Stufen weiterhin sicherzustellen?

Christoph Fischbach
Qëndresa Sadriu-Hoxha